

torpedieren. In einer Pressekonferenz haben Sie den Bundesminister einen Stopp der Krankenhausreform für Nordrhein-Westfalen fordern lassen. Damit stellen Sie den vereinbarten Weg der Verständigung zwischen dem Bund und den Ländern zur gemeinsamen Anstrengung für eine bessere Krankenhauslandschaft einseitig und ohne erkennbare Gründe infrage.

Vom Bundesgesundheitsminister drohen zu lassen, dass die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen ein Alleingang sei, hat mehr zur Verunsicherung aller Beteiligten geführt. Wir lassen uns von Ihnen aber nicht verunsichern. Diese Reform ist notwendig und richtig, und Gott sei Dank hat genau das ein paar Tage später auch der Bundesgesundheitsminister erkannt.

Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis jetzt das letzte Mal: Ich hatte Laumann in NRW kritisiert, aber ich habe nachher noch einmal darüber nachgedacht. Das ist eigentlich auch unfair, weil die Reform, die Laumann jetzt macht, ist einfach ein guter Vorläufer von dem, was wir gemeinsam planen. – Zitat Ende.

(Beifall von der CDU)

Diese öffentliche Anerkennung bewährt sich sehr positiv. Sie lässt aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verantwortung für eine angemessene stationäre Versorgung und für entsprechende Krankenhausleistungen in Deutschland ganz klar Ländersache sind.

Liebe SPD-Fraktion, folgen auch Sie bitte Ihrem Bundesgesundheitsminister und kehren Sie zu einer konstruktiven Politik zurück. Wir rücken die Qualität der Versorgung in den Mittelpunkt und stellen eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung der Menschen sicher.

(Zuruf von der SPD)

Die Landesregierung stellt dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, aber auch, um den Umbau und die Umstrukturierung zu fördern, damit wir den Krankenhäusern den Rücken stärken und ein Zeichen setzen.

(Rodion Bakum [SPD]: Wie werden also keine Krankenhäuser schließen!)

Wir in Nordrhein-Westfalen haben die Blaupause geliefert und wollen alles daran setzen, dass die Reformpläne auf der Bundesebene mit den Reformplänen auf der Länderebene ineinandergreifen und sich gegenseitig befruchten. Ich plädiere heute klar zu einem Miteinander. Denn eines ist sicher: Wir alle wollen das Beste für die Menschen in unserem Land erreichen, und wir müssen zum Wohle aller zu einem gemeinsamen Dialog zurückkehren. Ich möchte Sie daher bitten, unserem Antrag zuzustimmen, damit das Verfahren zur Umsetzung der Krankenhausplanung

in Nordrhein-Westfalen erfolgreich fortgesetzt werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Thoms.

**Meral Thoms (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen wurde rund um die Krankenhausplanung viel Staub aufgewirbelt. Es hat zwischen dem Bundesgesundheitsminister und den Ländern geknirscht. Mittlerweile sind wir aber wieder – das haben wir eben gehört – auf einem guten Weg.

Wir sind von der Krankenhausplanung in NRW überzeugt. Denn in die Krankenhausplanung ist das Know-how von klugen Köpfen in Nordrhein-Westfalen – von Wissenschaftler:innen und von Vertreter:innen der Ärztekammern, der Krankenhausgesellschaft, der Krankenkassen und der Pflege – geflossen. Darüber hinaus wurden viele gute Ideen und die Expertisen der Fachleute der Verwaltung eingebracht. Daraus ist dann die fortschrittlichste Krankenhausplanung in Deutschland entstanden, mit der wir in NRW somit natürlich Vorreiter sind.

Der Gegenwind auf die eben erwähnte Pressekonferenz der SPD hat uns allen gezeigt, dass die Akteure in Nordrhein-Westfalen geschlossen hinter der Krankenhausplanung stehen, denn sie haben sie auch mitentwickelt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Uns allen ist natürlich klar, vor welchen Herausforderungen die Kliniken in unserem Land stehen. Die Energiekrise und die Coronapandemie haben den Kliniken erheblich zugesetzt. Der Personalmangel und der immense wirtschaftliche Druck belasten außerdem unsere Kliniken. Gerade im ländlichen Raum sind die Menschen besorgt und fragen sich, wie die Behandlung in den Kliniken in Zukunft aussehen soll. Selbst in den großen Städten mit der hohen Klinikdichte fehlt es an Personal.

Ein Grund dafür ist, dass die Krankenhäuser in einem ruinösen Wettbewerb um die gleichen Leistungen und um die Fachkräfte stehen. Genau hier bietet die NRW-Krankenhausplanung Lösungen an, denn wir kennen die Bedarfe in unseren Regionen. Wir planen deshalb mit Fallzahlen in definierten Leistungsgruppen und hinterlegt mit transparenten Qualitätskriterien. Statt immer auf mehr Markt, auf mehr Wettbewerb und damit einhergehend auf mehr Leistungsdruck für die Beschäftigten setzen wir außerdem auf eine kluge Planung mit Spezialisierungen, Arbeitsteilung und Kooperation.

Uns allen muss klar sein: Unsere Kliniken brauchen einen sicheren, verlässlichen Rahmen für die weitere Planung und gleichzeitig einen erheblichen Boost für Veränderungen. Wenn wir nicht steuernd eingreifen, kommt es zu einem unkontrollierten Kliniksterben, wie wir es vielerorts schon erleben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Klar ist uns allen doch auch: Richtungsweisende, mutige Transformation gibt es nicht zum Nulltarif, und wer die Zukunft der Krankenhäuser plant, muss natürlich auch den Klimawandel mitdenken.

Wir unterstützen die Kliniken in Nordrhein-Westfalen mit 2,5 Milliarden Euro bei der Umsetzung der Krankenhausplanung – eine nie dagewesene Summe. Rund ein Drittel davon, über 800 Millionen Euro, werden in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung fließen.

Damit reagieren wir auf die Kliniken selbst. Auf dem Weg hin zum Green Hospital und zur Klimaneutralität fordern die Kliniken zu Recht mehr Rückenwind von der Politik. Sie sind hier schon längst auf dem Weg, allen voran die nordrhein-westfälische Krankenhausgesellschaft. Sie hat sich an die Spitze dieser Bewegung für mehr Klimaschutz gesetzt und treibt die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen voran. Danke dafür.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unsere Gesundheitsexpert:innen wissen längst: Ein gesundes Klima im Krankenhaus dient natürlich der Umwelt, aber auch dem Wohl der Patientinnen und Patienten und nicht zuletzt den Beschäftigten. Deswegen ist Klimaschutz und Klimafolgenanpassung immer auch Gesundheitsschutz.

Diese Weitsicht fehlt leider einigen Kollegen hier im Landtag, insbesondere Ihnen, liebe SPD. Sie halten uns doch so gerne vor, wie teuer der Klimaschutz im Krankenhaus ist. Dabei ist längst klar: Jeder Euro, den wir für Klimaschutzmaßnahmen in die Hand nehmen, rechnet sich in Zukunft um ein Vielfaches.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Natürlich wissen wir, dass die NRW-Krankenhausplanung allein nicht ausreichen wird, um den großen Problemen in der Krankenhauslandschaft in ganz Deutschland zu begegnen. Wir brauchen die Finanzierungsreform im Bund. Die Einführung von Vorhaltepauschalen ist ein wichtiger Schritt, um den wirtschaftlichen Druck auf die Kliniken zu senken. Für eine gesunde Entwicklung der Krankenhauslandschaft müssen Bundesreform und Landesplanung ineinandergreifen.

Aktuell sind wir in der Zusammenführung der Ansätze einen deutlichen Schritt weiter. Herr Lauterbach ist den Ländern in entscheidenden Fragen entgegengekommen, zum Beispiel bei den Leistungs-

gruppen. Um das zu erreichen, brauchten wir keinen Antrag von Ihnen, liebe FDP.

Ich bin überzeugt, dass wir eine gute Einigung hinbekommen werden. Im Sinne der Patient:innen und der Beschäftigten eint uns alle das gemeinsame Ziel, unsere Krankenhäuser fit für die Zukunft machen zu wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es wäre schön, wenn auch die SPD-Fraktion im Landtag einsehen würde, dass parteipolitisch motivierte Forderungen nicht im Sinne der Menschen in unserem Land sind. Lassen Sie den Bundesgesundheitsminister in guter Abstimmung mit den Ländern seine Arbeit machen, und nutzen Sie die Gesundheitsversorgung in NRW nicht für parteiinterne Profilierung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Thoms. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Klute.

**Thorsten Klute (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Koalitionsfraktionen geht in entscheidenden Punkten an der Sache vorbei. Ich will das gerne einmal etwas intensiver erläutern.

So wollen Sie zum Beispiel die Landesregierung auffordern, sich beim Bund für die verfassungsrechtlich gegebene Länderkompetenz einzusetzen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Aber diese Regel in unserer Verfassung stellt niemand infrage, wirklich niemand.

(Beifall von der SPD)

Sie wollen die Landesregierung auffordern, an den Bundesgesundheitsminister zu appellieren, zu einem konstruktiven Dialog zurückzukehren. Aber dieser konstruktive Dialog findet doch längst statt. Die verschiedenen Seiten loben sich inzwischen gegenseitig. Man hört, dass die Bund-Länder-Gespräche wirklich gut verlaufen. Eine Einigung scheint inzwischen durchaus möglich zu sein. Das ist doch klasse!

(Zuruf von Marco Schmitz (CDU))

Warum bringen Sie, Herr Schmitz von der CDU, gerade an dieser Stelle unnötige Schärfe hinein? Freuen Sie sich doch darüber!

(Beifall von der SPD – Marco Schmitz [CDU]: Weil Sie es noch nicht verstanden haben!)